

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
VI / 1999

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998
- MUSICA PRO PACE 1998
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:  
ZUSAMMENPRALL DER KULTUREN IM  
ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG?

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998

Udo Steinbach, Hamburg <i>Islam und der Westen. Zukunft im Zeichen friedlichen Zusammenlebens?</i> . . . . .	15
---	----

Rita Süssmuth, Bonn <i>150 Jahre nach 1848 – Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie</i> . . . . .	37
---	----

Podiumsdiskussion <i>Angst vor dem Fremden: Die ›Einheimischen‹ und die ›Anderen‹</i> Cornelie Sonntag-Wolgast, Günther Beckstein, Cem Özdemir, Peter Graf . . . . .	49
---	----

Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld <i>Freigesetzte Gewalt – Sozialisation zwischen Desintegration und Nutzenkalkül</i> . . . . .	67
---	----

Dieter Chenaux-Repond, Bonn <i>»Europa sieht Deutschland«: Hat der Westfälische Friede das Europa von heute vorgeprägt?</i> . . . . .	79
--	----

Podiumsdiskussion <i>Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen?</i> Henry Kissinger, Johannes Rau, Sabine Christiansen . . . . .	89
---	----

<i>»Ist die Integration von türkischen Mitbürgern in Deutschland geschei- tert?« – Publikumsfragen an Henry Kissinger und Johannes Rau</i> . . . . .	104
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE – 25. OKTOBER 1998

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>›Friedensseufftzer und Jubelgeschrey‹ – Kriegsklagen und Friedensfeiernmusik um 1648</i> . . . . .	111
---	-----

### III. BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTHEMA:

#### *Zusammenprall der Kulturen im Zeichen der Globalisierung?*

Cornelia Schmalz-Jacobsen, Berlin

*Einwanderung und Gemeinsinn: Von der selbstbewußten offenen Gesellschaft* . . . . . 131

Dieter Kramer, Frankfurt a.M.

*Kulturelle Vielfalt ist eine notwendige Struktur menschlicher Vergemeinschaftung* . . . . . 143

Jost Halfmann, Dresden

*Können Kulturen zusammenprallen? Die Theorie der Weltgesellschaft und der »clash of civilizations«*. . . . . 157

Bassam Tibi, Göttingen / Harvard

*Friede im Nahen Osten im Lichte einer Vergegenwärtigung des Westfälischen Friedens* . . . . . 175

Moshe Zuckermann, Tel Aviv / Berlin

*Antisemitismus, Zionismus und Assimilation* . . . . . 187

Mohssen Massarrat, Osnabrück

*Islamischer Orient und christlicher Okzident: Gegenseitige Feindbilder und Perspektiven einer Kultur des Friedens* . . . . . 197

Michael Bommers, Osnabrück

*Multikulturalität und Transnationalismus: Über die nachlassende Integrationskraft des nationalen Wohlfahrtsstaates* . . . . . 213

### IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 231

Abbildungsnachweis . . . . . 236

## »Ist die Integration von türkischen Mitbürgern in Deutschland gescheitert?« – Publikumsfragen an Henry Kissinger und Johannes Rau

*Unter dem Titel »Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen?« hatten die Osnabrücker Friedensgespräche am 7. November 1998 zu »Statements und Diskussion« in die Stadthalle Osnabrück eingeladen. Die Möglichkeit, kurze Anfragen schriftlich an die prominenten Podiumsgäste Henry Kissinger und Johannes Rau zu richten, nahmen die Zuhörer in großer Zahl wahr. Nur wenige dieser Fragen aus dem Kreis der mehr als 1.800 Zuhörer konnten während der Veranstaltung durch die »Anwälte des Publikums«, Alrun Niehage und Reinhold Mokrosch, gestellt und von den Podiumsteilnehmern beantwortet werden. So bleibt es der folgenden Dokumentation vorbehalten, wenigstens cursorisch über die aus dem Publikum formulierten Fragen und Meinungsäußerungen zu informieren.*

I. — Im Mittelpunkt des Interesses vieler Fragesteller stand die Situation im *Nahen Osten*. Der Anspruch der palästinensischen Bevölkerung auf politische Selbstbestimmung und staatliche Souveränität in den von Israel besetzten bzw. annektierten Gebieten steht hier in einem ungelösten Konflikt zu den Sicherheitsinteressen des Staates Israel, wie sie die maßgeblichen Politiker und Militärs definieren. Ein Voranschreiten im Friedensprozeß für diesen Krisenherd wurde vielfach als Prüfstein für die Möglichkeit eines friedlich-konstruktiven Verhältnisses zwischen dem Islam und dem Westen begriffen. Unter dem Eindruck von aktuell gemeldeten Sprengstoffanschlägen und Übergriffen israelischer Soldaten auf palästinensische Jugendliche überwogen Skepsis und Ratlosigkeit darüber, ob und wie dieser Konflikt einer friedlichen Lösung zugeführt werden kann.

Zur resignativen Prophezeiung, im *Nahen Osten* werde es, *Peter Scholl-Latour* zufolge, nie Frieden geben, kamen Fragen nach den Erfolgschancen des dortigen Friedensprozesses und einem Rat des *elder statesman* Kissinger an den israelischen Ministerpräsidenten *Netanyahu* und an Palästinensischerführer *Arafat*. Gefragt wurde nach der Glaubwürdigkeit der palästinensischen Friedensbereitschaft und den Möglichkeiten zu einer besseren Bekämpfung des Terrors, wobei von anderer Seite auch die Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser durch die Besatzungsarmee als Terrormaßnahme charakterisiert wurde. Kritisiert wurde einmal mehr die israelische Siedlungspolitik und die kompromißlose Haltung *Netanyahus* zur Forderung nach weiterer Rückgabe besetzter Gebiete. Ob nicht, wie im Falle Serbiens und des Irak, auch gegen Israel die Verhängung von UN-Sanktionen sinnvoll sein könne, wurde gefragt. Und Henry Kissinger sollte abschätzen, ob vielleicht ein neuer Ver-

mittler mit einem »persönlichen jüdischen Hintergrund« mehr Aussicht auf Verhandlungserfolge bei den Israelis haben könnte.

Der – prüfenswerte – Vorschlag eines anderen Zuhörers sieht für die in ihrem künftigen Status umstrittene Stadt Jerusalem eine paritätische bzw. doppelte israelisch-palästinensische Ämterbesetzung vor.

II. – Grundsätzlicher wurde das Verhältnis des Westens zum Islam befragt. Die allseitige Versicherung, nicht in falschen Verallgemeinerungen befangen bleiben zu wollen, blieb allerdings nicht immer von nachhaltiger Wirkung: Der *Trennung von Religion und Staat* in islamischen Staaten – als Voraussetzung für demokratische und menschenrechtsgemäße politische Verhältnisse unterstellt – galten manche Zweifelsbekundungen.

So könne keine Toleranz gegenüber der Intoleranz gefordert werden, die dem Islam anzulasten sei, wenn er das Ziel einer Verdrängung anderer Bekenntnisse verfolge. Weitere Genehmigungen zum Bau von Moscheen in Deutschland müßten verhindert werden, notfalls hätten sich Bauunternehmer solchen Aufträgen gegenüber zu verweigern! Im übrigen würden in islamischen Ländern [die freilich keine bedeutende christliche Zuwanderung verzeichnen können; Red.] keine christlichen Kirchenbauten zugelassen. Jedenfalls sei dem islamischen Szenario vom »Heiligen Krieg« das christliche Toleranzgebot keineswegs gewachsen! Den »Vormarsch« bzw. die »Unterwanderung« durch den islamischen Fundamentalismus dürfe man nicht schönreden oder bagatellisieren. Der Mordaufruf gegen den Dichter der *Satanischen Verse*, *Salman Rushdie*, spreche eine deutliche Sprache.

Wie könne also der Westen dem Islam seine »Aggressivität« nehmen?, wurde mit Bezug auf potentielle Bedrohungen durch atomare und Chemiewaffen gefragt. Einige Skepsis galt dem Aufruf zum Dialog: *Friedensgespräche* seien kein Mittel gegen Selbstmord-Attentäter. Ein Dialog sei nur mit wenigen islamischen Ländern überhaupt möglich. Nicht zuletzt mache die Uneinigkeit der christlichen Seite die Schwäche gegenüber dem Islam aus. Die UNO möge verstärkt werden, um mit Eingreiftruppen den Frieden zu erzwingen!

Mit mehr Bemühung um Verstehen und Verständnis wurde nach den Konsequenzen einer Begründung der Gesellschaft und ihrer Rechtsverhältnisse aus dem *Koran* gefragt, einer religiösen Überlieferungsschrift, die beansprucht, »Gottes Wort selbst« zu sein. Ob unter dieser Voraussetzung eine Trennung von Religion und Politik überhaupt denkbar sei, wurde gefragt, und welche islamischen Rechtsauffassungen gegebenenfalls mit den christlich-abendländischen vereinbar seien. Diktaturen in islamischen Ländern dürften indessen ebensowenig mit dem Charakter des Islam in Verbindung gebracht werden, wie es zulässig sein, den NS-Staat auf das Christentum zurückzuführen.

Positiv gewendet wurde die religiöse Verankerung islamischer Gesellschaften in der Frage, ob nicht auf der Basis aller Weltreligionen eine Verständigung über gemeinsame Grundlagen einer künftigen kooperativen Politik gefunden werden könne?

Demgegenüber wurde von anderer Seite nicht ohne Bedauern gefragt, ob nicht auch die fundamentalistischen Strömungen im Islam nur zeitlich vorübergehende Gegenbewegungen zur Tendenz einer Zunahme allgemeiner Nicht-Religiosität und Weltlichkeit seien?

Nicht überflüssig für die Auseinandersetzung war sicher auch der Hinweis, daß wie das Christentum auch der Islam den *Frieden* und die *Nächstenliebe* zu den höchsten Werten zähle, zu gegenseitiger Hilfeleistung auffordere und das Töten von Menschen verurteile. Auch an die Adresse der Veranstalter ging daher die Frage, wer auf dem Podium die Seite des Islam vertrete bzw. warum kein islamischer Vertreter eingeladen sei. Warum der islamische Glaube im Westen zunehmend dämonisiert würde, lautete eine Frage, die zum Kern der Veranstaltungsthematik hätte hinführen können. Vertreter radikaler Auffassungen gäbe es im übrigen auf allen Seiten.

So wurden auch zahlreiche Fragen nach den Konfliktursachen mit islamischen Staaten und Bewegungen – selbstkritisch – an die Adresse des Westens zurückgewendet: »Die westlich-christliche Zivilisation verursachte durch die Kreuzzüge, die *Reconquista*, den Kolonialismus und durch viele Interventionen in diesem Jahrhundert bei anderen Kulturen und in der islamischen Welt tiefe Wunden, die bis heute nachwirken«, lautete eine Feststellung, »was müßte der künftige Bundespräsident und was müßte Amerika tun, um Resentiments der Moslems gegenüber dem Westen abzubauen?«, die daraus gefolgerte Frage. Und ob nicht westliche Besserwisserei und Arroganz sowie der universalistische Anspruch weltweit durchzusetzender Menschenrechte als Kampfansage verstanden werden müssen und damit zur Verschärfung der Gegensätze beitragen?

Gegenüber dem »Weltpolizisten« USA, aber auch gegenüber den EU-Staaten seien deren ökonomische und geostrategische Interessen – Ölvorkommen und andere Ressourcen, Machtpolitik – zu benennen, die den Vorwürfen an die islamischen Staaten zugrunde lägen und die Glaubwürdigkeit westlicher Positionen erschütterten. Der Golfkrieg und die Blockade des Irak, nach anderer Auffassung die zeitweise Stützung des Irak gegenüber dem schiitisch geprägten Iran und die Aufrüstung der fundamentalistischen *Taliban*-Milizen in Afghanistan münden in die Frage, ob nicht religiöse und kulturelle Unterschiede nur politisiert würden, um »harte«, ökonomische Interessen zu verschleiern?

III. — Der Situation der Begegnung islamischer und christlich-abendländischer Kultur in Deutschland selbst bzw. in der EU – getragen durch die Zuwanderung von Arbeitssuchenden und ihren Familien vornehmlich aus der

Türkei – galten zahlreiche weitere Fragen. Neben dem Bau von Moscheen in Deutschland bzw. christlichen Kirchen in islamischen Ländern wurde auf den Entscheid zur Einführung islamischen Religionsunterrichts hingewiesen, sowohl positiv in seiner möglichen doppelten Funktion als »neuer Impuls zur Toleranz« – bei gleichzeitig erhoffter Eindämmung fundamentalistischer Koranschulen in Deutschland –, als auch negativ als Einfallstor einer nicht hinzunehmenden Indifferenz in Glaubensfragen: Wie würden z.B. islamische Lehrer in Deutschland im Unterricht das Weihnachtsfest behandeln?

Auch die Meinungen der Podiumsteilnehmer zu dem bekannten Konflikt um das Kopftuch einer islamischen Lehramtsbewerberin im Schulunterricht wurden erfragt: »Religion oder Provokation?«. Türkischen Zeitungen wurde der Vorwurf gemacht, eher ghettobildend als integrationsfördernd zu wirken, aber auch die deutschsprachigen Medien wären in ihrem meinungsbildenden Potential kritisch zu beobachten.

»Kannte Jesus eigentlich Ausländer?«, wurde der bibelfeste Johannes Rau mit Bezug auf Matthäus 25,25 hintersinnig gefragt, und es wurde die nachdenklich stimmende Frage formuliert, wie verhindert werden könne, daß den Türken hierzulande das Schicksal der im Nationalsozialismus verfolgten Juden drohe.

IV. – Dem Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen, der seit der vom *Samuel Huntington* vertretenen These vom *clash of civilizations* sowohl als düstere Prophezeiung wie als Kampfansage verstanden worden ist, durch *Aufklärung* die Schärfe zu nehmen, war erkennbare Absicht vieler weiterer Fragen: Zwar bedeute, wie ein/e Zuhörer/in notierte, »Wahrheitssuche immer auch Konfrontation«. Indessen war von den Referenten eine einfache Antwort auf die Frage, ob denn eine von den islamischen Staaten vermeintlich ausgehende Bedrohung eher in ökonomischer, militärischer oder kultureller Hinsicht bestünde, kaum zu erwarten.

»Worin bestehen denn die *wirklichen* Konflikte vor Ort, bei den einfachen Menschen?«, wurde fragend ein weiterer Hinweis zur Ursachenforschung gegeben, und zur Frage, wie »moderate Kräfte in islamischen Staaten unterstützt werden können«, kam die Aufforderung, die EU müsse den Differenzierungen innerhalb des Islam politisch mehr Beachtung schenken.

V. – Viele Fragen hatten darüber hinaus ganz pragmatisch-politische Überlegungen zur Grundlage: Wann das Embargo gegen den Irak aufgehoben werden könne? Ob eine kriegerische Allianz zwischen dem *Taliban*-Führer *Bin Laden* und *Saddam Hussein* zu befürchten sei? Welche Entwicklung Afghanistan in der Zukunft nehmen werde? Wie den Angehörigen der im Iran unter Repressalien leidenden *Bah'ai*-Religion zu helfen sei? Was vom Westen aus zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in den islamischen Ländern getan werden könne? Wann eine wirkungsvolle internationale Ge-

richtbarkeit gegen Terroristen zu erwarten sei? Und welche Wirkungen eine mögliche Vollstreckung des Todesurteils gegen den deutschen Geschäftsmann *Hofer* im Iran erwarten lasse?

Henry Kissinger wurde mit der Frage konfrontiert, ob es – analog zu den besonderen Ausprägungen des Islam in Europa – auch einen speziellen US-Islam gäbe und ob er – wie der frühere Bundeskanzler Kohl – der Meinung sei, »daß die Türkei keinen Anteil an der kulturellen Identität Europas« habe und daher eine Aufnahme in die EU nicht in Frage« komme?

Unbeantwortet mußte schließlich auch die nachdenkliche Frage bleiben, ob die Europäer überhaupt den Islam verstehen könnten, da doch die »Empfindungswelten« beider Kulturkreise sich seit Jahrhunderten zu stark voneinander entfernt hätten. Eine andere Frage könnte bereits wie eine Antwort darauf gelesen werden:

»In welchen Punkten muß Einigkeit herrschen, um zu einer Identität im künftigen Europa zu gelangen?« – ein Auftakt zur Diskussion der notwendigen Bedingungen für ein friedliches und gedeihliches Miteinander der »Kulturen« in Europa. Auf diese Weise müßte nicht das unterschiedliche kulturelle Erbe dafür mißbraucht werden, die Unmöglichkeit einer Verständigung zu beweisen.

Vielmehr könnte die Frage nach den notwendigen Übereinkünften den praktischen Alltag der Menschen organisieren helfen. – Wird dieses nicht ernsthaft versucht, so könnte sich eine andere Vermutung bestätigen, die als Frage nicht nur an das Podium zu richten wäre: »Braucht die zunehmende Europäisierung die Angst vor einer drohenden Islamisierung?«

Red.